

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 64

# Zur dogmatischen Einordnung des Lastschriftverfahrens

unter besonderer Berücksichtigung der Vertrauensstrukturen

Von

Dr. Hans Detlef Zschoche



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**HANS DETLEF ZSCHOCHE**

**Zur dogmatischen Einordnung des Lastschriftverfahrens**

**Schriften zum Bürgerlichen Recht**

**Band 64**

# **Zur dogmatischen Einordnung des Lastschriftverfahrens**

**unter besonderer Berücksichtigung der Vertrauensstrukturen**

**Von**

**Dr. Hans Detlef Zschoche**



**DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN**

Alle Rechte vorbehalten  
© 1981 Duncker & Humblot, Berlin 41  
Gedruckt 1981 bei Buchdruckerei Bruno Luck, Berlin 65  
Printed in Germany  
ISBN 3 428 04866 0

*Für Janna*



# Inhaltsverzeichnis

## § 1 Entstehung und Entwicklung des Lastschriftverfahrens

<i>I. Anfänge und Weiterentwicklung</i> .....	17
1. Entstehung der Lastschrift und ihre Entwicklung bis 1914 .....	17
2. Der Niedergang in den zwanziger Jahren .....	20
3. Die Entwicklung im Ausland (Banktratte und Rechnungseinziehungsverfahren) .....	22
4. Die Entwicklung und Durchsetzung in der BRD (Bankquittungs- und Lastschriftverfahren) .....	24
<i>II. Das Lastschriftverfahren der Gegenwart</i> .....	28
1. Seine Ausgestaltung durch das Lastschriftabkommen von 1964 ...	28
2. Die Bedeutung des Lastschriftverfahrens .....	30
2.1 Bedeutung für die Gesamtwirtschaft .....	30
2.2 Bedeutung für den Gläubiger (Zahlungsempfänger) .....	31
2.3 Bedeutung für den Schuldner (Zahlungspflichtigen) .....	33
2.4 Bedeutung für die Gläubigerbank (Inkassostelle) .....	34
2.5 Bedeutung für die Schuldnerbank (Zahlstelle) .....	36

## § 2 Problem- und Aufgabenstellung

<i>I. Die Problematik:</i> Die Mißbrauchsanfälligkeit des Verfahrens und die Unsicherheiten in der Erfassung seiner technischen Erscheinungsformen, insbesondere der Störfälle, durch die allgemeine Zivilrechtsdogmatik .....	38
<i>II. Die Aufgabenstellung:</i> Untersuchung der Rechtsnatur der Lastschrift-ermächtigung, der Mißbrauchsmöglichkeiten, der Mißbrauchssteuerung und -sanktionierung sowie vor allem der Einwirkungs- und Vertrauensstrukturen .....	41

## § 3 Die Rechtsbeziehungen zwischen den Beteiligten des Lastschriftverfahrens

<i>I. Die Beziehungen zwischen Schuldner und Gläubiger</i> .....	44
1. Das Grundverhältnis .....	45
1.1 Einzugsgeeignete Forderungen .....	45
1.2 Vom Einzug ausgeschlossene Forderungen .....	46



2. Die Lastschriftermächtigung .....	47
2.1 Die Theorien zur Rechtsnatur der Lastschriftermächtigung ...	47
2.1.1 Die Lastschriftermächtigung als Abtretung des Weisungsrechtes? .....	48
2.1.1.1 Darstellung der Konstruktion .....	48
2.1.1.2 Zu den bisher erhobenen Einwänden .....	48
2.1.1.3 Abtretungsausschluß wegen Unselbständigkeit des Gestaltungsrechtes? .....	50
2.1.2 Anweisungssähnliche Doppelermächtigung? .....	52
2.1.2.1 Darstellung der Konstruktion (Engel u. a.) .....	52
2.1.2.2 Mangel der fehlenden Verpflichtung der Zahlstelle .....	52
2.1.2.3 Unklare Funktion des Abbuchungsauftrages .....	53
2.1.2.4 Unzulässige Verknüpfung von Ermächtigung und Drittbeziehung .....	54
2.1.2.5 Keine Notwendigkeit einer Empfangsermächtigung .....	55
2.1.3 Vollmacht zur Ausübung der Weisung? .....	58
2.1.3.1 Darstellung der Konstruktion (Sandberger, Fallscheer-Schlegel) .....	58
2.1.3.2 Zum Vorhalt des Eigeninteresses .....	59
2.1.3.3 Mangel der fehlenden Offenkundigkeit .....	59
2.1.4 Ausübungsermächtigung i. S. d. § 185 BGB? .....	63
2.1.4.1 Darstellung der Konstruktion (Canaris) .....	63
2.1.4.2 Zu den bisher erhobenen Einwänden .....	63
2.1.4.3 Problematik der Einschränkung der Gestaltungswirkungen .....	64
2.1.4.4 Einwand der Verpflichtungsermächtigung .....	64
2.1.4.5 Umgehung des Abtretungsverbotes .....	68
2.1.5 Abbuchungsauftrag als Weisung, im übrigen anfänglich unberechtigte, später genehmigte Abbuchungen der Schuldnerbank? .....	69
2.1.5.1 Darstellung der Konstruktion (Hadding) .....	69
2.1.5.2 Widerspruch zur Rechtswirklichkeit .....	69
2.1.5.3 Unbefriedigende Erklärung des Abbuchungsauftrages .....	71
2.1.5.4 Mangel der fehlenden Verpflichtung der Zahlstelle .....	71
2.1.5.5 Mangel der Unsicherheit im Verfügungsbereich .....	72
2.1.5.6 Fehlende Erklärung der Mitwirkung des Gläubigers .....	73
2.1.6 Abbuchungsauftrag als echter Vertrag zugunsten Dritter? ..	74
2.1.6.1 Darstellung der Konstruktion (Franke) .....	74
2.1.6.2 Unselbständigkeit des Abbuchungsauftrages .....	75
2.2 Lösungsvorschlag .....	76
2.2.1 Leistungsbestimmung durch Dritte .....	76
2.2.2 Darstellung der Konstruktion .....	77
2.2.2.1 Erklärung des Abbuchungsauftragsverfahrens .....	78

2.2.2.2 Erklärung des Einzugsermächtigungsverfahrens .....	79
2.2.3 Die dogmatische Einordnung; zum Einwand Canaris' .....	80
2.2.4 Zum Bestimmtheitserfordernis .....	84
3. Die Rechtsbeziehungen zum leistungsbestimmenden Dritten (Gläubiger) .....	85
3.1 Die Beziehungen des Dritten (Gläubigers) zum Schuldner ....	86
3.1.1 Das Auftragsverhältnis .....	86
3.1.2 Der Inhalt des Auftrages .....	87
3.1.3 Schadensersatzansprüche des Schuldners .....	88
3.1.4 Die Beendigung des Auftragsverhältnisses .....	90
3.2 Die Beziehungen des Dritten (Gläubigers) zur Zahlstelle ....	92
3.2.1 Keine vertragliche Bindung .....	92
3.2.2 Sonderrechtsbeziehung kraft Schutzverhältnisses .....	92
4. Möglichkeiten des Lastschriftmißbrauchs — dessen Steuerung und Sanktionierung .....	93
4.1 Die Sachzwänge des Masseneinzuges .....	94
4.2 Die Interessenkonstellation .....	97
4.3 Die Risikoverteilung .....	98
4.3.1 Die Risiken des Schuldners — Steuerungs- und Regreßmöglichkeiten .....	99
4.3.1.1 Beim Abbuchungsauftragsverfahren .....	99
4.3.1.2 Beim Einzugsermächtigungsverfahren .....	106
4.3.2 Die Risiken des Gläubigers — Steuerungs- und Regreßmöglichkeiten .....	125
4.3.2.1 Beim Abbuchungsauftragsverfahren .....	125
4.3.2.2 Beim Einzugsermächtigungsverfahren .....	125
4.3.3 Die Risiken der Kreditinstitute — Steuerungs- und Regreßmöglichkeiten .....	146
4.3.3.1 Gemeinsame Risiken .....	146
4.3.3.2 Besondere Risiken der Inkassostelle .....	147
5. Die Erfüllung der Geldschuld im Valutaverhältnis .....	149
5.1 Pflichten des Schuldners .....	149
5.2 Pflichten des Gläubigers .....	150
5.3 Der Erfüllungszeitpunkt .....	151
5.3.1 Die bisher vertretenen Auffassungen — ihre Mängel .....	151
5.3.2 Maßgeblichkeit des Wertstellungsdatums .....	153
5.4 Verzugsfragen .....	155
5.5 Die Gefahrtragung .....	157
5.5.1 Verzögerungsgefahr .....	157
5.5.2 Verlustgefahr .....	158

<i>II. Die Beziehungen zwischen Gläubiger und Inkassostelle</i> .....	159
1. Der Girovertrag (Rechtsnatur) .....	159
2. Bedeutung der Inkassovereinbarung .....	159
3. Inhalt des Girovertrages .....	161
3.1 Pflichten des Gläubigers .....	161
3.2 Pflichten der Inkassostelle .....	165
3.2.1 Gegenüber dem Gläubiger .....	165
3.2.2 Drittwirkungen (Schutzpflichten) gegenüber dem Schuldner? .....	166
3.2.2.1 Entwicklung der Schutzpflichten — die Lehre vom gesetzlichen Schutzpflichtverhältnis .....	169
3.2.2.2 Anwendung dieser Lehre auf das Verhältnis der Inkassostelle zum Schuldner .....	186
3.2.2.3 Der Umfang der Schutzpflicht der Inkassostelle .....	201
<i>III. Die Beziehungen zwischen den Kreditinstituten untereinander</i> .....	215
1. Der Inkassoweg .....	215
1.1 Direktverbindung von Inkassostelle und Zahlstelle .....	216
1.2 Einschaltung von Zwischenbanken .....	217
2. Die Girovertragsbeziehungen der Einzugs-kette .....	218
2.1 Die Bedeutung des Lastschriftabkommens .....	218
2.2 Rechtsnatur und Geltungsbereich des Lastschriftabkommens..	219
3. Die vertragslosen Sonderbeziehungen der Einzugs-kette .....	221
3.1 Schutzpflichten der Zwischenbanken? .....	221
3.2 Schutzpflichten der Zahlstelle? .....	222
3.2.1 Keine Schutzpflicht bei der Einlösung von Lastschriften ....	223
3.2.2 Schutzpflichten bei der Rückgabe von Lastschriften? .....	223
3.2.2.1 Keine Schutzpflicht bei Rückgabe infolge Widerspruches ..	223
3.2.2.2 Schutzpflicht bei Rückgabe mangels Einlösung .....	224
<i>IV. Die Beziehungen zwischen Schuldner und Zahlstelle</i> .....	231
1. Der Girovertrag .....	231
2. Die Lastschriftabrede — Einzugsermächtigung und Abbuchungs-auftrag .....	231
3. Exkurs: Sonderprobleme .....	233
3.1 Die widerspruchsbedingte Rückgabe von Lastschriften im Ab-buchungsauftragsverfahren .....	234
3.2 Die „doppelt begründete Lastschrift“ .....	237

Inhaltsverzeichnis	11
--------------------	----

#### **§ 4 Zusammenfassung der Ergebnisse**

I. Die Bedeutung des Vertrauens im Lastschriftverkehr .....	245
II. Die vertraglichen Vertrauensbeziehungen .....	245
III. Die außervertraglichen Vertrauensbeziehungen .....	247
IV. Folgerungen für die Praxis .....	250

<b>Schrifttumsverzeichnis</b>	252
-------------------------------	-----

<b>Nachsatz</b>	261
-----------------	-----



## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
a. Anf.	am Anfang
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Band und Seite)
a. E.	am Ende
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHB	Allgemeine Haftpflichtversicherungsbedingungen
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Bank- betrieb	Zeitschrift (Jahr und Seite)
BB	Der Betriebsberater (Jahr und Seite)
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Bem.	Bemerkung
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. 8. 1896
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen (Band und Seite)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (Band und Seite)
bzw.	beziehungsweise
CpD	Conto pro Diverse
c. i. c.	culpa in contrahendo
DB	Der Betrieb (Jahr und Seite)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
ebd.	ebendort
E. v.	Eingang vorbehalten
e. V.	eingetragener Verein
Fn.	Fußnote
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949
ggf.	gegebenenfalls
h. A.	herrschende Auffassung
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10. 5. 1897
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung

i. e.	im einzelnen
insbes.	insbesondere
i. S. d. / v.	im Sinne des (der) / von
JherJb	Jherings Jahrbücher der Dogmatik des bürgerlichen Rechts (Band und Seite)
JR	Juristische Rundschau (Jahr und Seite)
JuS	Juristische Schulung (Jahr und Seite)
JW	Juristische Wochenschrift (Jahr und Seite)
JZ	Juristen-Zeitung (früher Deutsche Rechtszeitschrift und Süddeutsche Juristenzeitung) (Jahr und Seite)
KO	Konkursordnung vom 20. 5. 1898
KTS	Zeitschrift für Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (Jahr und Seite)
KWKG	Gesetz über das Kreditwesen vom 10. 7. 1961
lfd.	laufend
Lfrg.	Lieferung
LG	Landgericht
li.	links / linke
Lit.	Literatur
LM	Das Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, herausgegeben von Lindenmaier und Möhring (Gesetzesstelle und Entscheidungsnummer)
LVG	Luftverkehrsgesetz in der Fassung vom 4. 11. 1968
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (Jahr und Seite)
m.	mit
m. a. W.	mit anderen Worten
m. E.	meines Erachtens
m. Nw.	mit Nachweisen
m. w. Nw.	mit weiteren Nachweisen
NJ	Neue Justiz (Jahr und Seite)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr und Seite)
Nr.	Nummer
o.	oben
OLG	Oberlandesgericht
p. F. V.	positive Forderungsverletzung
p. V. V.	positive Vertragsverletzung
Rdz.	Randziffer
re.	rechts / rechte
RG	Reichsgericht
RGRK	Reichsgerichtsratekommentar
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (Band und Seite)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Band und Seite)
RHG	Gesetz betreffend die Verbindlichkeiten zum Schadensersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen vom 7. 6. 1871
rsp.	respektive
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz / Seite
s.	siehe
ScheckG	Scheckgesetz vom 14. 8. 1933

SeuffA	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten (Band und Nummer)
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
Sparkasse	Zeitschrift (Jahr und Seite)
StGB	Strafgesetzbuch in der Fassung vom 2. 1. 1975
str.	streitig
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 19. 12. 1952
s. u.	siehe unten
U.	Urteil
u.	und / unter
u. a.	und andere / unter anderem
u. ä.	und ähnliche(s)
Überbl.	Überblick
unstr.	unstreitig
u. s. f.	und so fort
u. s. w.	und so weiter
v.	vom / von / vor
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VW	Versicherungswirtschaft, Zeitschrift (Jahr und Seite)
WG	Wechselgesetz vom 21. 6. 1933
WHG	Wasserhaushaltsgesetz in der Fassung vom 16. 10. 1976
wie vor	wie unter der vorhergehenden Fußnote
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Jahr und Seite)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb, Entscheidungssammlung zum Kartellrecht (Spruchkörper und Seite)
zahlr.	zahlreich
z. B.	zum Beispiel
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht (Band und Seite)
Zif.	Ziffer
zit.	zitiert
ZKW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (Jahr und Seite)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (Band und Seite)
z. T.	zum Teil
ZuB	Zahlungsverkehr und Bankbetrieb (Jahr und Seite)
ZV	Der Zahlungsverkehr (Jahr und Seite)





## **§ 1 Entstehung und Entwicklung des Lastschriftverfahrens**

### **I. Anfänge und Weiterentwicklung**

#### **1. Entstehung der Lastschrift und ihre Entwicklung bis 1914**

„Die Lastschrift ist ein Einzugspapier, mit dem der Zahlungsempfänger durch Vermittlung seines Kreditinstitutes aus dem Guthaben des Zahlungspflichtigen bei demselben oder einem anderen Kreditinstitut den aus der Lastschrift ersichtlichen Betrag erhebt<sup>1</sup>.“

Nimmt man das Essentielle dieser modernen Definition, daß nämlich ein Giralgeldtransfer unter Belastung des Schuldners von dessen Gläubiger veranlaßt wird, so erhellt sich von selbst, daß diese Art des Zahlungsverkehrs nicht neu ist, ja noch nicht einmal eine Erfindung der jüngeren Vergangenheit darstellt. Denn im Prinzip um nichts anderes handelt es sich bei einem auf die Bank des Schuldners domizilierten Wechsel, den der Gläubiger seiner Bank zum Einzug gibt<sup>2</sup>.

Für den Scheck, der obligatorisch auf den Bankier des Schuldners (Ausstellers) gezogen werden muß (Art. 3 ScheckG), trifft das in gleichem Maße zu<sup>3</sup>. Die vorhandene Ähnlichkeit verdichtet sich noch um einiges, wenn man den Wechsel oder den Scheck durch eine negative Orderklausel zu einem Rektapapier herunterstuft und ihm damit seine angeborene Verkehrs- und Andienungsfähigkeit nimmt. Eine nahezu vollkommene Funktionsgleichheit mit der Lastschrift tritt ein, wenn ein solcher Wechsel in Form der Tratte, d. h. ohne das Akzept des Schuldners, zum Einzug an die Hausbank übergeben wird. Maßgeblich hierauf ist die Grundidee der Lastschrift zurückzuführen, wobei die Einführung der Wechselsteuer eine verstärkte Hinwendung zu einem besonderen, vom Wechsel völlig gelösten Einzugspapier bewirkt haben dürfte<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup> So die Definierung durch das Lastschriftabkommen von 1964, Abschn. I. Zif. 1; abgedruckt bei: Kessler, Der Lastschrift-Einzugsverkehr, S. 47 ff.; Reyher - Sperl, Der Lastschrift-Einzugsverkehr, S. 75 ff.; Engel, Rechtsprobleme um das Lastschriftverfahren, S. 69 ff.; Fallscheer-Schlegel, Das Lastschriftverfahren, S. 66 ff.; Schütz, Formularbuch, S. 364 f.; Skrotzki, KTS 74, 136, 140 ff.

<sup>2</sup> O. Schoele, ZuB 29, 77.

<sup>3</sup> O. Schoele, ZuB 29, 81; ders. ZuB 33, 285; W. O. Schoele, Das Recht der Überweisung, S. 49, 43 ff.

<sup>4</sup> W. O. Schoele, S. 50; Grzimek, DB 61, 1077; Bittroff, Bank-Betrieb 62, 13 f.

Andererseits sind — zum mindesten in der Entstehung — weitreichende Gemeinsamkeiten des Lastschriftverfahrens mit der einfachen Überweisung feststellbar. Am auffälligsten tritt dies in Erscheinung bei der von W. O. Schoele erörterten<sup>5</sup>, offenbar in den zwanziger und dreißiger Jahren gelegentlich verwendeten Zahlungsform: dort stellte der Schuldner einen einfachen, an seine Bank gerichteten Überweisungsauftrag aus; das Auftragsformular behändigte er jedoch seinem Gläubiger, der es dann bei Bedarf (Fälligkeit) seiner Bank zum Einzug von der Schuldnerbank einreichte. Allerdings ist hier eine neuerliche Funktionsübereinstimmung mit dem Rektascheck augenscheinlich.

Da beim Lastschrifteinzug der Schuldner in irgendeiner Form und für einige Dauer seine Bank beauftragen muß, sein Konto auf die Anforderung eines Dritten hin zu belasten, vermittelt sich überdies die Assoziation zu einem Dauerauftrag, bei dem lediglich die Fälligkeitsüberwachung von der Schuldnerbank auf den Gläubiger verlagert wurde<sup>6</sup>. Eine gewisse Erklärung für eine solche Herleitung des Lastschriftverfahrens, das gelegentlich sogar als „Dauerauftrag“ oder „Dauerabbuchungsverfahren“ bezeichnet wurde, mag darin liegen, daß die Banken seinerzeit nicht selten die Übernahme von „echten“ Daueraufträgen (im heute verstandenen Sinn) ablehnten, weil sie die Verantwortung der Fälligkeitsüberwachung, insbesondere an den hektischen Termintagen, nicht übernehmen wollten<sup>7</sup>. Bezeichnenderweise wurde denn auch anfänglich das Lastschriftverfahren gerade für das typische Verwendungsgebiet des eigentlichen Dauerauftrages, nämlich die „regelmäßig wiederkehrenden, gleichartigen Zahlungen“ des Schuldners (wie Zinsen, Miete, Pacht), als die ideale Einzugsform propagiert<sup>8</sup>.

Die kurze Retrospektive zeigt, daß sich die Entstehung des Lastschriftverfahrens als Sonderform des Einzuges exakt nicht festlegen läßt. Es trägt Elemente sowohl des Wechsel- und Scheckeinzuges in sich als auch der einfachen Überweisung und läßt sich daher mit Fug als ein „Mittelding“ zwischen beiden bezeichnen<sup>9</sup>. Diese ambivalente Herkunft des Lastschriftverfahrens kommt nicht zuletzt in seinen beiden früher gebräuchlichen Benennungen zum Ausdruck: entweder als „(reine) Einziehung“ oder synonym als „rückläufige Überweisung“<sup>10</sup>.

<sup>5</sup> aaO. S. 47.

<sup>6</sup> Vgl. W. O. Schoele, S. 49; O. Schoele, ZuB 29, 77.

<sup>7</sup> O. Schoele, ZV 20, 155.

<sup>8</sup> O. Schoele, ZuB 33, 285; ders. Zahlungsverkehr, S. 33; daß dem keineswegs so ist, s. u. § 3 I. 1.1.

<sup>9</sup> So O. Schoele, ZuB 33, 285; auch Engel, S. 1.

<sup>10</sup> s. etwa W. O. Schoele, S. 49; O. Schoele, ZV 20, 153; ders., Zahlungsverkehr, S. 30.

Als eine solche Mischform dürfte das Lastschriftverfahren in seinen Grundzügen von Anfang an neben den beiden anderen Zahlungsformen bzw. als Modifikation derselben bestanden haben. Nur allmählich und parallel zur allgemeinen, erst heute zu einem gewissen Abschluß gekommenen Spezialisierung der Zahlungstechniken, hat dann die Abgrenzung zwischen Überweisung, Wechsel und Scheck einerseits und Lastschrift andererseits eine feste Kontur gewonnen. Da das Lastschriftverfahren notwendig ein reines Giralverfahren ist — Schuldner und Gläubiger müssen ein Girokonto unterhalten — war seine Verbreitung, anders als beim Wechsel und auch mehr noch als beim Scheck und der Überweisung, streng verknüpft mit dem Ausbau des Gironetzes und der Unterhaltung von Girokonten durch breite Bevölkerungsschichten. Seine erste Ausprägung als eigenständige Zahlungsform dürfte es daher in Deutschland — etwa parallel mit der Ausweitung des Scheckverkehrs nach anglo-amerikanischem Muster (wenn auch zunächst nicht in demselben Umfange) — zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfahren haben<sup>11</sup>. Mit Recht weist allerdings *Otto Schoele* darauf hin<sup>12</sup>, daß bereits jede Belastung eines Kundenkontos mit Zinsen, Gebühren und Auslagen durch die kontoführende Stelle eine vereinfachte Form des Lastschrifteinzuges darstellt. Eine solche Einziehung dürfte es seit Einführung des Girokontos gegeben haben.

Die erste in nennenswertem Umfange betriebene und systematisch zu Vereinfachungszwecken eingesetzte Verwendung des Lastschriftverfahrens erfolgte durch die Reichsbank im Verkehr mit den staatlichen Behörden untereinander. Jenes anscheinend schon vor der Jahrhundertwende praktizierte Verfahren ermöglichte es den nachgeordneten Staatsbehörden, bei der Reichsbank und ihren Außenstellen unter Benutzung besonderer Formulare die Überweisung von Buchgeld zu verlangen aus dem Guthaben, das von ihren vorgeschalteten Zentralbehörden bei der Reichsbank unterhalten wurde<sup>13</sup>. Mit anderen Kunden führte die Reichsbank solche rückläufigen Überweisungen jedoch nicht — auch später nicht — durch. Indessen wurde dieses Verfahren bereits vor dem ersten Weltkrieg recht zahlreich von anderen Behörden bzw. öffentlich-rechtlichen Unternehmen, nunmehr im Verkehr mit dem Publikum, kopiert. Vor allem Steuern sowie sonstige öffentliche Abgaben und Gebühren wurden jetzt vielfach auf diese Weise eingezogen. Insbesondere die öffentliche bzw. öffentlich-rechtlich beliehene Versorgungswirtschaft bediente sich dieses Verfahrens<sup>14</sup>. Dieser vergleichsweise

---

<sup>11</sup> Dazu O. Schoele, *Zahlungsverkehr*, S. 31; ders. ZV 20, 154; Baumbach/Lauterbach, *WG u. ScheckG*, Einl. Scheckrecht, Rdz. 1 ff.

<sup>12</sup> *Zahlungsverkehr*, S. 31.

<sup>13</sup> Dazu i. e. O. Schoele, *Zahlungsverkehr*, S. 47 f.; ders., *ZuB* 33, 286.

<sup>14</sup> O. Schoele, *ZuB* 33, 286; ders. ZV 20, 154; beispielhaft auch der Bericht